

Die Redebeiträge zur Kundgebung der Wetterauer Aktion Frieden am Platz der Kleinen Freiheit / Elvis-Presley-Platz in Friedberg:

Wetterauer Aktion Frieden (Monika Bootz): Ich begrüße Sie am bundesweiten **Aktionstag für den Frieden** zu unserer Kundgebung zu unserer Kundgebung hier in Friedberg. Zunächst möchte ich Ihnen den Aufruf von Friedensratschlag und Friedensforum vorlesen:

Die Waffen nieder! Abrüstung statt Aufrüstung!

Anlässlich der anstehenden Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2023 fordern wir:

**Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!
Abrüstung statt Aufrüstung!
Keine weitere kriegerische Eskalation!**

Wir fordern dazu: Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für den jährlichen Rüstungshaushalt sowie Umwidmung des 100 Milliarden Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung.

Wir fordern einen Politikwechsel für:

- den Stopp der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter denen die Menschen weltweit leiden
- einen Waffenstillstand und Verhandlungen. Waffenlieferungen eskalieren und verlängern den Krieg. Nur Diplomatie, Dialog und Kooperation können den Krieg in der Ukraine und die Kriege überall auf der Welt beenden und weitere verhindern
- gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Ukraine
- den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung
- die internationale Kooperation in Europa und weltweit als Grundlage für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit und zur notwendigen Bekämpfung der Klimakatastrophe und der Armut

Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! - Stoppt den Krieg! - Verhandeln statt Schießen!
Dafür demonstrieren heute bundesweit friedensbewegte Menschen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Politik in unserem Land kennt Anja El Fechtali nur zu gut aus den Sprechstunden der „linke Hartz4 Hilfe“. Anja ist Vorsitzende des Vereins, aber auch Abgeordnete für Die Linke in der Stadt Friedberg und im Kreis. Anja, ich gebe dir das Wort.

Beitrag Anja El Fechtali:

„Ich grüße alle Anwesenden und ich freue mich, dass heute auch in Friedberg eine Aktion stattfindet.“

Wir wollen und müssen Teil der Friedensbewegung sein.

Denn Krieg darf niemals als Mittel der Politik akzeptiert werden!

Krieg trifft immer die Mehrheit der Menschen, die so genannten kleinen Leute. Krieg macht immer die großen Konzerne und Banken reich.

Das trifft in vollem Umfang auch für den Wirtschaftskrieg zu.

Die Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine waren umfangreiche Wirtschaftssanktionen.

Es leiden darunter aber nicht die Kriegstreiber und die Großkonzerne. Es leidet die Bevölkerung.

Und der Krieg in der Ukraine wird durch die wirtschaftlichen Sanktionen nicht beendet. Die Sanktionen haben bisher Russland nicht mal ernsthaft geschadet. Russische Rohstoffe werden nach wie vor teuer verkauft, sie sind begehrt und die Einnahmen Russlands aus Exporten sind sogar gestiegen. Zwei Drittel der Länder der Erde beteiligen sich nämlich nicht an einem Boykott.

Leider müssen wir feststellen, dass mit den Sanktionen die wirtschaftliche und soziale Lage in unserem eigenen Land destabilisiert wird. Wir stehen vor einer Rezession.

Das bedeutet, dass nicht nur die Energiepreise und die Lebenshaltungskosten steigen. Es bedeutet, dass besonders mittelständische Betriebe unter Druck geraten. Dass viele arbeitende Menschen entlassen werden oder noch mehr Menschen gezwungen sind, zu Niedriglöhnen zu arbeiten.

Schon vor dem Ukraine-Krieg sind die Preise für gestiegen: für Mieten, Heizung, Lebensmittel. Die Inflation hat das Leben verteuert. Vor allem der einkommensschwächere Teil der Bevölkerung ist unter Druck geraten.

Schon vor dem Ukraine-Krieg stieg die Armutsquote in Hessen auf 18,3 Prozent. Die Kinderarmut liegt über 20 Prozent.

Dazu kommen die Haushalte, die nur knapp über der Armutsquote liegen die von Armut bedroht sind.

Wenn also inzwischen ein Viertel der Bevölkerung kaum mit seinen finanziellen Mittel auskommen kann, wie sollen dann jetzt die Auswirkungen der Sanktionen bezahlt werden? Wie sollen die Auswirkungen einer Wirtschaftskrise bezahlt werden?

Der Sparkassenverband veröffentlichte kürzlich, dass bis zu 60 Prozent der deutschen Haushalte keinen Cent mehr sparen können. Sie müssen ihre gesamten verfügbaren monatlichen Einkünfte oder mehr! für die reine Lebenshaltung einsetzen.

Jetzt wird immer gesagt auch im Kreistag dass es ja zahlreiche Hilfemöglichkeiten bei uns gibt.

Wenn man es mit armen Ländern vergleicht, mag das wohl stimmen. Doch für ein Leben hier sind viele dieser Hilfen nicht mehr ausreichend.

Wer mit Hartz4 seinen Niedriglohn aufstocken muss, wer seine viel zu niedrige Rente beim Sozialamt aufstocken muss, der kam schon vor Krieg und Corona kaum über die Runden.

Da helfen jetzt 50 Euro mehr und 100 bis 300 Euro Einmalzahlung für Energie nicht wirklich.

Mir ist schleierhaft, wie die unteren Einkommensschichten die Folgen dieser Politik aushalten sollen.

Diese Politik muss beendet werden!!

Es kann auch überhaupt nicht angehen, dass wir den Militärhaushalt auf 85 Milliarden Euro steigern, dass Milliarden für die Rettung der großen Konzernprofite locker gemacht

werden aber die Sozialsysteme und die öffentliche Daseinsfürsorge immer weiter ausgehöhlt werden. So kann das nicht weitergehen! Das ist jetzt genug!!

Verehrte Anwesende!

Ich würde mir sehr wünschen, dass dieser Krieg schnellstens beendet wird!

Dazu braucht es aber auf keinen Fall weitere Waffensysteme, keine Aufrüstung und keinen Wirtschaftskrieg!

Dazu braucht es im Gegenteil dringend einen Waffenstillstand und Verhandlungen. Das mag schwierig erscheinen aber eine wirkliche Alternative dazu gibt es nicht.

Jeder Krieg wurde mit Waffen begonnen, mit Waffen geführt aber mit Verhandlungen beendet.“

Wetterauer Aktion Frieden: Vielen Dank für die klaren Worte.

Anfang dieser Woche nahm ich an einer Gewerkschaftsversammlung teil. Es gab einen Vortrag zu „Krise, Krieg und Inflation – wirtschaftspolitische Reaktionen und mögliche Alternativen“. Und Forderungen nach Maßnahmen gegen die Kosteninflation, Hilfen für Menschen mit geringen Einkommen, Energiepreisdeckel statt Gasabgabe, Übergewinnsteuern usw.

Nachdem die Sabotage an den Nordstream Pipelines bekannt wurde, beschloss die Bundesregierung im Eiltempo genau solche Maßnahmen.

Es wurde aber auch die Frage gestellt: warum beschloss die Bundesregierung ein 100 Mrd Paket für Rüstung, statt dort etwas zu tun, wo es schon lange brennt: im Gesundheitswesen, im Sozialbereich, in den Schulen? Warum noch mehr Geld fürs Militär?

Schon jetzt sind die Militärausgaben zusammen mit Frankreich und Großbritannien doch dreimal so hoch wie die von Russland. Ganz zu schweigen von den 1.000 Milliarden, die die USA jedes Jahr ausgeben. Angesichts der militärischen Überlegenheit der NATO gegenüber Russland: wem nutzen diese Zusatzausgaben – außer den Rüstungsfirmen?!

Oder um es anders zu sagen: ja, es braucht nicht nur die Mrd für die jetzt angekündigten Hilfsmaßnahmen. **Es braucht ein großes Sondervermögen gegen die massiven Mängel, die es hier in allen sozialen Bereichen gibts. Ganz zu schweigen von den Mitteln die es braucht für den Kampf gegen dem Klimawandel.**

Die Folgen des Klimawandels sind weltweit die Hauptursachen für Krisen und Hungersnöte. Davon sind vor allem die armen Länder bedroht. Aber auch die Schwellenänder, wie z.B. Südafrika, Indonesien, Indien, aber auch Argentinien, Brasilien oder Mexiko, sind stark betroffen.

Den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine haben sie verurteilt.

Aber sie unterstützen nicht die Sanktionen der westlichen Industrieländer.

Sie haben kein Interesse daran, dass die starken westlichen Industrieländer, die G7, mit ihren Sanktionen und ihrer Politik gegen Russland die Welt wieder in konkurrierende Blöcke spaltet.

Seitdem die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine im April in Istanbul abgebrochen wurden, forderten sie ein ums andere Mal: **der Krieg muss durch Verhandlungen beendet werden, damit die Weltgemeinschaft sich gemeinsam um die dringenden Themen Klimawandel und Armut kümmern kann.**

Sie versuchten z.B. im Juni während des G20 Treffens der Außen- und FinanzministerInnen, eine gemeinsame Politik und die gemeinsame Finanzierung von

Maßnahmen gegen Klimawandelfolgen und Hungersnöte zu erreichen. Das wurde von den Ministerinnen aus USA, Kanada und Deutschland vehement abgelehnt, und stattdessen die Beteiligung an den Sanktionen gegen Russland eingefordert. Dasselbe passierte jetzt in der UN-Generalversammlung. Alle Appelle und Vorschläge, den Krieg in der Ukraine durch Verhandlungen zu beenden, werden sofort abgetan.

Dabei sind die jüngsten Berichte zur Erderwärmung alarmierend. Genauso die Berichte zu Dürren und Hungersnöten. Oder zum Artenschwund. Zur Verwüstung der Umwelt und Verseuchung von Trinkwasser durch Industrie und Rohstoffabbau.

**Wir fordern einen Politikwechsel:
für eine internationale Kooperation in Europa und weltweit, als Grundlage zur
notwendigen Bekämpfung der Klimakrise und der Armut.**

Vergangenen Freitag war der x. Weltweite Klimastreiktag.

Es lässt sich grob in sechs Punkten zusammenfassen, warum Militär und Rüstung auch in Friedenszeiten die Klimakatastrophe befeuern.

Erstens macht der CO₂-Ausstoß des Militärs einen großen Anteil der weltweiten Emissionen aus.

Zweitens: Durch militärische Aktivitäten kommt es weltweit zur Verschmutzung von Böden, Luft und Grundwasser.

Drittens: Gewaltsame Konflikte hemmen die Anpassung an die Folgen der Erderwärmung.

Viertens: Militärische Sicherheit setzt immer auch auf die Gewährleistung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen, statt durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien Abhängigkeiten abzubauen.

Fünftens: Die globalen Militärausgaben übersteigen die Ausgaben für den Klima- und Umweltschutz beträchtlich.

Sechstens: Der CO₂-„Stiefel“abdruck von Krieg, Militär und Rüstung wird nicht veröffentlicht und gezielt aus Klimaschutzmaßnahmen und internationalen Abkommen ausgeklammert.

Kurz gesagt: **Krieg bringt Tod und Zerstörung – auch für Umwelt und Klima.**

Bestes Beispiel: Aus den Löchern der Nordstream Pipelines strömt seit Montag Methan. Es sind riesige Mengen Treibhausgas, die so in die Atmosphäre entweichen. Wer auch immer hier entschieden hat, Erdgaslieferungen aus Russland nach Europa auf Jahre hin unmöglich zu machen – die Klimafolgen waren egal.

Noch mehr Ressourcen in eine Aufrüstungsspirale zu investieren, ist die falsche Antwort.

Klimaschutz braucht Frieden – Nein zu 100 Milliarden für das Militär!

Der UNO Generalsekretär Antonio Guterres, Papst Franziskus, Generäle und Politiker aus aller Welt warnen, dass es in diesem Krieg jederzeit zu einer Eskalation kommen kann.

Das meint konkret einen großen, möglicherweise nuklearen Krieg in Europa.

Nehmen wir mal an es würde nachgewiesen, dass eines der NATO Länder, gar die USA, die Gaspipelines gesprengt hätte. Was würde das für uns hier, weit entfernt vom jetzigen Kriegsgeschehen bedeuten?

Die ersten Ziele russischer Raketen in einem eskalierten großen Krieg wären genau hier, in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz.

In Stuttgart sind die Schaltzentralen des US-Militärs für Europa und Afrika.

Der Oberbefehlshaber der US-EUCOM ist gleichzeitig militärischer Oberbefehlshaber der NATO.

Die US Airbase in Ramstein ist das größte Luftdrehkreuz für US Militär außerhalb der USA und die wichtigste Militärbasis der Welt.

Auch das Hauptquartier aller Luftstreitkräfte der NATO – das AIRCOM – ist in Ramstein.

Das ist noch recht weit weg von uns.

Aber in unserer Landeshauptstadt Wiesbaden befindet sich das Hauptquartier der US Army Europe and Africa. Das ist zuständig für die Kriegsführung der US Landstreitkräfte. Und die Zentralen der Luftverteidigung, der Nachrichtenübermittlung und des Geheimdienstes.

2019 kamen noch zwei weitere Kommandos dazu, zuständig für die Planung des Einsatzes der US Atomwaffen und für den Einsatz der neuen US Mittelstreckenraketen Modell „Dark Eagle“. „Dark Eagle“ wird vom Hersteller als Enthauptungsschlagwaffe angepriesen, weil sie es innerhalb 20 Minuten von Deutschland nach Moskau schafft – ohne eine Chance, sie abzuwehren.

Frankfurt wäre vermutlich auch ein Ziel, denn dort befindet sich der weltweit größte und leistungsstärkste Internetknotenpunkt.

Und noch näher zu uns ist das Munitionsdepot der Bundeswehr im Köpperner Wald. Mit hunderten gefüllter Waffenbunker auf einer Fläche so groß wie Friedberg mit Fauerbach.

Wollen wir das? Das Schlachtfeld sein in einem Krieg, den letztlich Russland und die USA miteinander ausfechten?

Von Ramstein aus würde auch der Einsatz der US Atombomben gesteuert werden. Diese lagern in Büchel in der Eifel, und auf weiteren Stützpunkten in Belgien, Holland und Italien. Wenn der US Präsident entscheidet, diese Waffen einzusetzen, dann braucht er Berlin nicht mal zu informieren bevor sich deutsche Soldaten in ihren Fliegern auf den Weg machen, um diese nukleare Fracht ins Ziel zu bringen.

Hunderte Städte und Gemeinden haben sich der Initiative Mayors for Peace angeschlossen, die von den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki ausging. Diese BürgermeisterInnen für den Frieden fordern ein Ende der atomaren Bewaffnung weltweit. Die Stadt Friedberg und der Wetteraukreis sind Teil dieser Initiative. Und auch die Evangelische Kirche Friedberg hat in diesem Jahr an die Atombombenabwürfe vor 77 Jahre erinnert und in ihrem Friedensgottesdienst die Forderung unterstützt, die auch wir erheben:

Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung.

In diesem Sinne:

Die Waffen nieder!

Stoppt den Krieg!

Verhandeln statt schießen!

Abrüstung statt Aufrüstung!

Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!